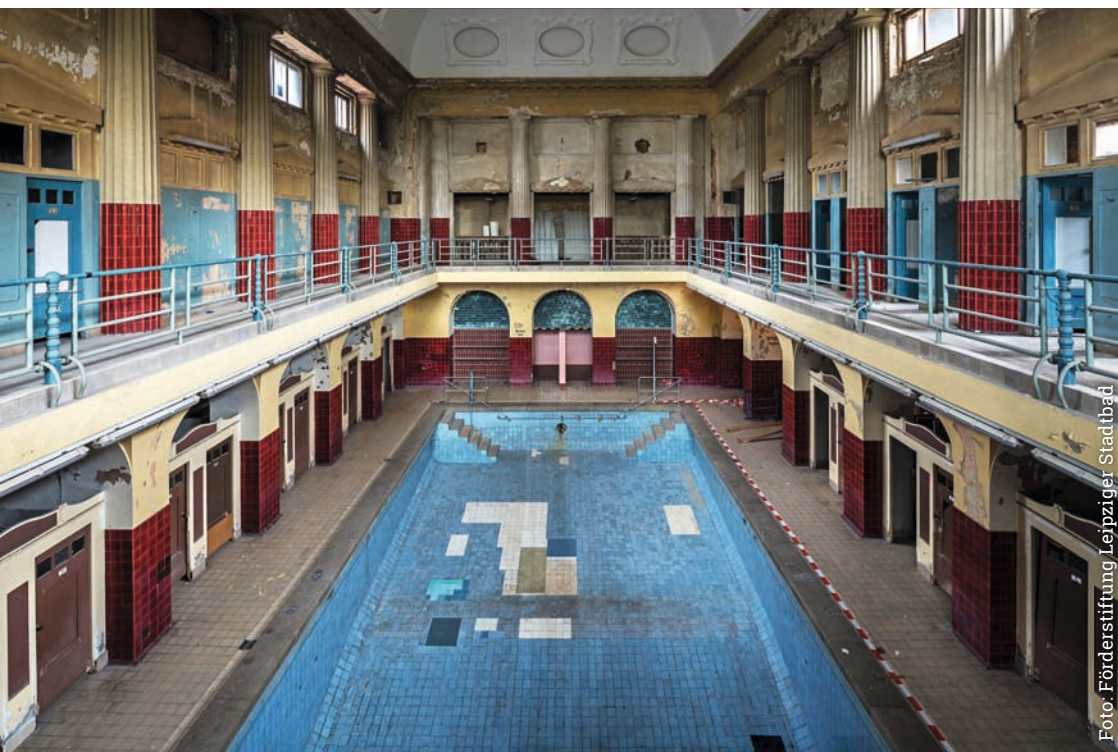


Ratschlag

Informationsschrift der Fraktion
Bündnis 90 / Die Grünen im Stadtrat Leipzig

AUSGABE
Juli 18
No. 79



Stadtentwicklung auf dem Prüfstand: Grüne Perspektiven für Stadtbad und Stadthafen

von Tim Elschner

Aufgrund des enormen Bevölkerungszuwachses und aufgrund der weiterhin steigenden Geburtenzahlen richtet sich das städtische Augenmerk derzeit fast ausschließlich auf den dringend benötigten Schul- und Kitaneubau und hat höchste Priorität. Wenn es allerdings um die Weiterentwicklung unserer Stadt geht, muss es darüber hinaus erlaubt sein, auch früher gefällte kommunale Entscheidungen, die bis heute keine Umsetzung erfahren haben, in Frage zu stellen.

Aus Sicht unserer Fraktion gehören deshalb die Entscheidungen des Stadtrates zum Verkauf des historischen Stadtbades an der Eutritzscher Straße (2014) und zum Stadthafen am Schreiberbad (2009) auf den Prüfstand. Unsere grünen Perspektiven zu beiden Projekten sehen im Einzelnen so aus:

Anfang Juni haben wir den Antrag „Verkauf des Leipziger Stadtbad stoppen!“ in den Stadtrat eingereicht, mit dem Ziel, dass das Ausschreibungsverfahren aufgehoben und ohne vorherige Zuschlagserteilung beendet wird. Denn bis heute ist es nicht zu einer Vertragsunterzeichnung mit einem potenziellen Käufer gekommen. Wir wollen nun, dass das Leipziger Stadtbad dauerhaft im Eigentum der Stadt verbleibt und sprechen uns für die Wiederherstellung des öffentlichen Badbetriebes aus. Außerdem sollen in den weiteren Planungen im Sinne einer gemeinwohl-

orientierten Nutzung insbesondere sportliche und (sozio-)kulturellen Zwecke sowie Wellness und Wohnen künftig Berücksichtigung finden. Die Sanierung soll und kann allerdings erst mittelfristig erfolgen.

Im Weiteren soll geprüft werden, ob auf dem benachbarten Grundstück (Ecke Eutritzscher-/Roscherstraße) das Stadtbad insbesondere in Bezug auf das Sport- und Schulschwimmen durch einen Ergänzungsbau erweitert werden kann. Gotha und Plauen können Vorbilder dabei sein. Dahingehend ist auch ein Flächenankauf oder Flächentausch mit dem Eigentümer (Freistaat Sachsen) zu verhandeln. Denn nicht nur in unmittelbarer Nähe zum Stadtbad entsteht auf dem Areal des ehemaligen Freiladbahnhofs in den nächsten Jahren ein neuer Stadtteil, sondern auch an der Westseite des Hauptbahnhofes wird ein neues Stadtquartier entstehen. Schätzungsweise werden dann 4.000 neue Bewohner*innen innenstadtnah wohnen. Und die derzeitigen Planungen sehen keine ausreichenden öffentlichen Schwimmmöglichkeiten vor, die unseres Erachtens allerdings unbedingt vorzuhalten sind.

Im Mai haben wir beantragt, die Planungen zum Bau des Stadthafen und seines Umfeldes zu evaluieren. Das zukünftige Gelände des Stadthafens wird seit 2014 im Rahmen einer Zwischennutzung mit wassertouristischem Hintergrund und einem grö-

Unsere Themen

Soziales Engagement bringt Früchte	2
Radverkehr voran bringen	2
Kinder- und Jugendhilfe muss mitwachsen	3
Umweltschutz fordert uns weiter	3
Mitwirken in der Demokratie	4
Stätten mit Europäischem Kulturerbe-Siegel	4
Pflege braucht bessere Zukunft	5
Vielfalt nur mit Teilhabe und Mitsprache	5
Glücksfall Wohnung	6
1989 nicht nur im Herzen bewahren	7
Erinnern – auch an dunkle Zeiten	7

ßeren Parkplatz bewirtschaftet. 2014 gab sich die Verwaltung noch optimistisch, dass mit dem Bau des Stadthafens im Jahre 2017 zu rechnen sei. Der Bau des Stadthafens steht allerdings weiter aus. Für die Planung und den Bau schlagen wir deshalb die Aktualisierung der Rahmenbedingungen und eine Überprüfung sowie Fortschreibung des Konzeptes vor. Eine Bürger- und Akteursbeteiligung ist durchzuführen. Außerdem sind die zwischen Stadthafen und Käthe-Kollwitz-Straße gelegenen kommunalen Grundstücke im Wege des Erbbaurechts und mittels Konzeptvergabe zu veräußern. Diese Vorgehensweise entspricht der neu ausgerichteten städtischen Liegenschaftspolitik und kann mithelfen, städtebauliche und gestalterische Qualitäten zu heben.



Tim Elschner

Stadtrat, stadtentwicklungs- und verwaltungspolitischer Sprecher sowie Sprecher für Bürgerbeteiligung und Transparenz, Jahrgang 1968, Jurist

FA Stadtentwicklung und Bau • FA Allgemeine Verwaltung • Grundstücksverkehrsausschuss • Umlegungsausschuss • Gestaltungsforum

Soziales Engagement trägt Früchte von Katharina Krefft

Bündnis 90/ Die Grünen ist die Partei für soziale Gerechtigkeit. Fragen vom sozialen Zusammenleben in der Stadt beschäftigen uns ständig. In der wachsenden Stadt stellen wir sie mit größerer Dringlichkeit.

Immer mehr Menschen leben im öffentlichen Raum. Im Winter, wenn alle zusehen schnell ins Warme zu kommen, fällt vielen diese Obdachlosigkeit mehr auf. Wir erreichten, dass in den Übernachtungshäusern kostenfreie Notschlafstellen eingerichtet wurden. Die Gebührenordnung für die Häuser ist aktuell wieder vorgelegt, weiterhin sollen 5 € / Nacht berechnet werden. Für Leistungsbeziehende ist das bezahlbar. Doch auch alle anderen brauchen Sicherheit in der Nacht ohne Gebühr. Das und andere Fragen diskutierten wir bei der Strategiekonferenz Wohnungslosigkeit, die das Sozialamt auf unseren dringenden Antrag hin ausrichtete. Das Konzept zur Wohnungslosigkeit soll bis Jahresende vorgelegt werden, uns geht es ganz entscheidend um breite Beteiligung.

Die Beteiligung der Verbände der sozialen Arbeit ist erschreckend stockend. Die Stadt agiert eher im Einzelgespräch, als sich öffentlich der Debatte zu stellen. Viele Fragen bleiben zu lange ungeklärt, erkennbar an den Verhandlungen zu den Kita-Verträgen. Auch den Bau neuer Einrichtungen haben viele Verbände eingestellt. Das können wir uns nicht erlauben, wir brauchen die Sozialverbände für den sozialen Frieden in der Stadt. Wir brauchen sie bei der Asylbetreuung, wo erkennbar neue Partner mitwirkten; wir brauchen sie beim Kita-Ausbau und wir brauchen sie in allen

anderen sozialen Fragen: Jugendhilfe, Sozialarbeiter, Altenhilfe.

Möglichst lange in der eigenen Wohnung bleiben können ist grüner Anspruch und politischer Auftrag aus dem Seniorenbeirat und dem Stadtrat. Darum wurden vor fünf Jahren Seniorenbüros in zehn Stadtteilen eingerichtet; mit zwei Jahren Verspätung erfolgte die Evaluierung, das Ergebnis ist uns bis heute nicht bekannt. Dabei stellen sich hier viele Fragen: werden weitere Räume eingerichtet, werden sie personell aufgestockt und werden mehr Angebote ausfinanziert? Wir wünschen uns das, denn wir sehen die Vielfalt in der Stadt und wollen die Angebote für alte Menschen breit aufstellen!

Seniorenbüros sprechen Menschen an, die die Wohnung noch verlassen können. Wir wollen die kommunale Steuerung auch auf den pflegenden Bereich ausweiten. Neben dem wichtigen Angebot Seniorenbesuchsdienst sehen wir weitere Notwendigkeiten in der Betreuung zu Pflegenden: Pflegedienste, pflegende Angehörige, Nachbarschaftshilfe – hier sind viele Anforderungen an Vernetzung, denn die familienfreundliche Stadt Leipzig soll auch für Pflegebedürftige und Alte lebensfroh sein.

Jede und Jeden teilhaben zu lassen und Barrieren abzubauen lautet der Auftrag: die UN-Behindertenrechtskonvention entwirft das Bild einer inklusiven Gesellschaft. Wir Grüne haben 2012 den Aktionsplan beantragt, 2017 wurde er im Rat beschlossen. Mit positivem Beschluss zum grünen Haushaltsantrag wurden 100.000 € für erste Maßnahmen zu seiner Umsetzung bewilligt. Und erstmalig wird 2018 der

Teilhabepreis – auch ein Vorschlag von uns – verliehen, um Menschen und inklusive Projekte bekannter zu machen. Die Verleihung findet beim Tag der Begegnung am 15. September statt.

Teilhabe gilt auch für die Jugend: wir setzen uns dafür ein, dass die Sanktionspraxis in Leipzig milder wird. 70 % dieses Leistungsentzuges, bei unter 25-Jährigen sogar bis 100 % – betreffen Meldeversäumnisse. Regeln sind wichtig, sie müssen eingehalten werden, gerade dann, wenn man eine Leistung will. Doch vielen fehlt sogar dafür die Power. Peter Hartz schlug nicht ohne Grund eine Betreuungsquote von 1:65 für die U25 vor; bis heute ist das keine Realität!

Wir wollen bessere Betreuung und erhoffen uns davon weniger Meldeversäumnisse.

Wie gerecht eine Gesellschaft ist, zeigt sich an ihren Rändern. Leipzig wurde lange sehr egalitär wahrgenommen. Dazu gehören fachliche Steuerung, viele Beteiligte und: soziale Politik.



Katharina Krefft

Fraktionsvorsitzende, schul- und sozialpolitische Sprecherin, Jahrgang 1978, Ärztin, verheiratet, 5 Kinder

Ältestenrat • Verwaltungsausschuss • FA Jugend, Soziales, Gesundheit und

Schule • Aufsichtsrat Leipziger Versorgungs- und Verkehrsgesellschaft mbH (LVV) • Aufsichtsrat Klinikum St. Georg gGmbH

Radverkehr voran bringen von Daniel von der Heide

Manchmal oder zumindest bei einigen Themen kann man als Stadtrat verzweifeln. Der Radverkehr und seine Förderung sind im Moment so ein Thema.

Nun ist es zwar in Zusammenarbeit mit der Grünen Landtagsfraktion über Anfragen auf kommunaler und Landesebene gelungen dafür zu sorgen, dass endlich tatsächlich Mittel in relevanter Höhe für die Radverkehrsinfrastruktur im Freistaat Sachsen zur Verfügung stehen, dann fehlt es auf kommunaler Ebene aber wieder an Projekten in geeigneter Planungstiefe, um diese Mittel auch abzurufen.

Immerhin ruft die Stadt für dieses Jahr für zwei Projekte Fördermittel des Landes in Höhe von 260.000 Euro ab (<https://ratsinfo.leipzig.de/bi/vo020.asp?VOLFDNR=1008786>) und plant für 2019 einen Radweg auf der Schönauer Landstraße in Alt-West mit ca. 1 Mio. € fördern zu lassen. Immerhin.

Jedoch fehlt es seit Jahren an der Vorlage einer RadNetzPlanung, also einem umfassenden Konzept, woran sich Prioritätensetzungen für solche Maßnahmen ableiten und bewerten ließen. Angekündigt ist die RadNetzPlanung nun für Ende des Jahres, sodass sich, wenn man die Planungsvorläufe berücksichtigt, wohl frühestens für 2021 daraus prioritäre Maßnahmen realisieren lassen. Ob dies gelingt, hängt sicherlich davon ab, ob die Nachfolge auf der – derzeit unbesetzten – Stelle des Radverkehrsbeauftragten ein etwas glücklicheres Händchen bei der eigenen Prioritätensetzung haben wird.



Neben diesen Problemen auf der eher strategischen Ebene ist die Diskussion um Radverkehrsanlagen derart vergiftet und verschoben, dass bei der Markierung eines Radfahrstreifens in der Dresdner Straße die Wirtschaftsverbände Handwerkskammer und IHK usw. mehr oder weniger das Ende der wirtschaftlichen Prosperität als Schreckensgespenst an die Wand malten, wobei die LVZ auch gern behilflich war. Sicherlich am gravierendsten erlebt Leipzig derzeit eine Serie an schlimmen Fahrradunfällen mit Toten und Verletzten. Nun sind solche Ereignisse grundsätzlich nicht geeignet, damit Politik zu machen, um die Betroffenen und ihr Leid nicht zu instrumentalisieren. Andererseits ist es schwer erträglich, wenn z. B. der tödliche Unfall in der Goethestraße vor zwei Jahren nicht dazu führt, dass die dortigen Parkplätze abgeschafft werden, obwohl sich doch am Ende der Straße eine Tiefgarage befindet.

Nach all den Unfällen allgemein und in der Inneren Jahnallee im Besonderen haben wir uns nun doch entschlossen, per Antrag die Straßenverkehrsbehörde aufzufordern, die Situation in der Inneren Jahnallee zu verbessern, indem die Sicherheit für den Radverkehr erhöht wird. Auch weil es unverständlich ist, warum die Straßenverkehrsbehörde nicht von selbst aktiv geworden ist.

Insgesamt geht es in Leipzig mit der Radverkehrsförderung, zumindest was das Markieren von Radfahrstreifen angeht, voran.

Wie man Städte wirklich fahrradfreundlich gestalten kann, kann man noch bis Anfang September in der Ausstellung „Fahr Rad! Die Rückeroberung der Stadt“ im Deutschen Architekturmuseum in Frankfurt/Main sehen. Was es alles so gibt und wie fortschrittlich die Diskussion zum Radverkehr in anderen Städten geführt wird, gibt Hoffnung und hilft dabei, schlussendlich doch nicht zu verzweifeln.



Daniel von der Heide

Stadtrat, verkehrspolitischer Sprecher, Jahrgang 1983, Geschäftsführer, 1 Kind

FA Stadtentwicklung und Bau • Verwaltungsausschuss • Rechnungsprüfungsausschuss • Aufsichtsrat LVB

GmbH (LVB) und Leobus • ZV Naherholungsgebiet Kulkwitzer See

Die Kinder- und Jugendhilfe muss dem Wachstum standhalten!

von Michael Schmidt

Die Herausforderungen im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe sind in den vergangenen Jahren nicht geringer geworden – das Gegenteil ist der Fall. Wir haben auf der einen Seite zwar zahlreiche Stellen im Bereich der Schulsozialarbeit ausbauen können und somit im Lebensumfeld Schule eine ausgezeichnete Grundlage, präventiv die Kinder und Jugendlichen zu erreichen, ihre familiären Hintergründe und persönlichen Problemlagen zu erkennen und sie in weiterführende Angebote der Kinder- und Jugendhilfe zu vermitteln. Auf der anderen Seite aber müssen genau diese weiterführenden Angebote gestärkt und ausgebaut werden.

In den vergangenen Jahren konnten zwar die Kürzungsdebatten immer im Keim erstickt werden, erreicht werden konnte letztlich aber im Wesentlichen nur der Erhalt des Angebotsbestandes, was selbstverständlich auch mit immer steigenden Sach- und Personalkosten verbunden ist. Wenn man aber berücksichtigt, dass die Zahl der Kinder und Jugendlichen zwischen 6 und 18 Jahren, nach dem rapiden Rückgang bis Mitte der 2000er Jahre, nun durch das anhaltende Bevölkerungswachstum, durch Zuzüge und Geburten, wieder kontinuierlich angestiegen ist und mittlerweile deutlich höher liegt als noch vor 20 Jahren und auch die Jugendquote sich in dieser Zeit von 14 auf über 20 % gesteigert hat, muss man unweigerlich eine immer stärkere

Einschränkung der vorhandenen Angebote konstatieren. Hier müssen wir zwingend umsteuern. Die Fachstandards, die mittlerweile in allen Leistungsbereichen auf den Weg gebracht wurden, geben da einen ersten Weg vor. Dadurch soll das Mindestmaß einer personellen und sachlichen Ausstattung von Jugendhilfeangeboten erreicht werden. Schon das allein wird viel Geld kosten. Dies entbindet uns dennoch nicht von der Schaffung zusätzlicher Angebote bei Freien Trägern, denn die wachsende Stadt verlangt nach einer wachsenden Angebotsvielfalt. Weiteres Spannungsfeld wird die zweijährige Förderung der Vereine und Verbände sein, die wir seit nunmehr zwei Jahren praktizieren, die aber in der Praxis einer lediglich jährlichen Planungssicherheit folgt. Die Träger müssen zwar für zwei Jahre Anträge stellen, bekommen aber nur jährliche verbindliche Förderbescheide und müssen für das zweite Förderjahr zunächst ihre Verwendungsnachweise sowie ihre Kostenstruktur anpassen. Das eigentliche Ziel der vom Stadtrat vorgegebenen zweijährigen Förderung, Einsparung von Verwaltungsaufwand und Planungssicherheit für die Angebote, wird damit ad absurdum geführt.

Derzeit laufen die Diskussionen um die Priorisierung der Leistungsbereiche in einem sogenannten Förderkonzept, welches insbesondere die Verwaltungsgerichtsbarkeit für den Fall einer Überzeichnung der

Förderung verlangt. Statt sich aber in einer Abwägung zwischen Leistungen wie Jugendsozialarbeit (§ 13 SGB VIII), Jugendschutz (§ 14), Familienbildung (§ 16) und Kinder- und Jugendarbeit (§ 11) zu verkämpfen, sollte man akzeptieren, dass alle Leistungsbereiche eine hohe Dringlichkeit genießen und darum bemüht sein, alle gleichermaßen mit bedarfsdeckenden Angeboten auszufinanzieren.

Hierzu brauchen wir nicht nur die nötigen finanziellen Mittel, sondern auch engagierte Freie Träger, die von der Stadt als unverzichtbarer und vertrauensvoller Partner der Kinder- und Jugendhilfe wahrgenommen und auch so behandelt werden. Hierfür werden wir uns engagiert einsetzen.



Michael Schmidt

Stadtrat, jugend-, familien- und sportpolitischer Sprecher, Vorsitzender des Petitionsausschusses, Jahrgang 1977, Kommunikations-/Medienwissenschaftler und Politologe, verheiratet, 2 Kinder

Petitionsausschuss (Vorsitzender) • Jugendhilfeausschuss (inkl. Unterausschuss Finanzen) • FA Sport • Aufsichtsrat LVB • Aufsichtsrat Sportbäder Leipzig GmbH • Vergabegremium VOB

Umweltpolitik im Stadtrat – trotz Erfolgen weiterhin viel zu tun

von Norman Volker

Schauen wir auf das erste Halbjahr 2018 zurück, könnten wir Grüne uns auf den ersten Blick eigentlich an unseren Erfolgen im Umweltbereich erfreuen. In Wahrheit ist die Bilanz sehr gemischt und die Aufgaben und Herausforderungen sind weiterhin groß.



Am positivsten sticht sicher unser beschlossener Antrag zum Maßnahmenkatalog für den Bienen-schutz aus unseren Erfolgen hervor. Hierbei soll ein Katalog, der Maßnahmen wie Zeitpunkt, Häufigkeit und Art der Mahd auf Wiesen oder auch die Art der Bepflanzung enthält, erstellt werden, um nur einige Beispiele zu nennen. Gleichzeitig werden die Pflegegrundsätze für das öffentliche Grün der Stadt Leipzig angepasst. Dies ist insoweit wichtig, da wir ja schon diverse Einzelanträge wie den Glyphosatverzicht auf unsere Initiative beschlossen haben, welche aber noch nicht in das übergeordnete Pflegemanagement eingeordnet sind. Über die Gründe des Bienen- und Insektenschutzes zu schreiben, verzichte ich an die-

ser Stelle, da das Insektensterben ja in aller Munde ist und über die erschreckenden Zahlen in den letzten Monaten oft genug berichtet wurde. Zu unserer Freude hat die Verwaltung das Problem ebenfalls erkannt und unterstützt unser Anliegen.

Es ist aber auch nicht alles Gold was glänzt. Demgegenüber steht die Positionierung der Stadtverwaltung im Bereich der Ressourcenschonung und Abfallvermeidung. Hier kommt es uns vor, als kämpften wir gegen Windmühlen. Auch wenn er noch nicht abgelehnt ist, hält die Stadt nichts von unserem Antrag zur Abfallvermeidung. Ein Empfehlungskatalog über Angebote zur Ressourcenschonung, in den der bestehende Verschenkemarkt der Leipziger Stadtreinigung, eine Übersicht der bestehenden Reparaturcafés, Selbsthilfe- und Nachbarschaftswerkstätten einbezogen wird, wird nicht für nötig erachtet.

Und zu unserem Antrag zu den 20.000.000 (in Worten zwanzig Millionen!!!) Coffee-to-go Bechern und deren Reduzierung durch ein Pfandsystem wurde sich ja von der Stadtverwaltung trotz 2-jähriger Planung letztlich mit einem windelweichen Kompromiss entzogen. Andere Städte sind da viel weiter, wie man auch in diesem Bericht sehen kann. (<https://www.jumpradio.de/service/suche/suche-jump--100.html?q=Mehrwegbecher>) Glücklicherweise hat hier ein Privatunternehmen die Initiative ergriffen und versucht ein entsprechendes Pfandsystem in Leipzig zu realisieren.

Abschließend möchte ich die seit Jahren und auch noch für die Zukunft zunehmende Problematik des Frachtflugverkehrs ansprechen. Dies wird eine zentrale Aufgabe unserer Politik bleiben. Mit der weiteren Zunahme des Frachtverkehrs und der damit einhergehenden Belastung für die Leipziger müssen wir Mittel und Wege finden im Kompromiss, möglichst viel für die Betroffenen an Lärmschutz zu realisieren. Diese stetige Aufgabe verfolgen wir weiterhin trotz weniger Einflussmöglichkeiten sehr intensiv.

Es bleibt also noch viel zu tun für uns Grüne und für den Umweltschutz in Leipzig. Die Themen werden nie ausgehen. Ob die Anzahl der Straßenbäume oder das Stadtgrün im Allgemeinen, ob der Tierschutz oder die Klimafolgenanpassung, ob der Gewässerschutz oder Abfall, es gibt unzählige Gründe für uns Grüne politisch aktiv zu bleiben.



Norman Volker

Fraktionsvorsitzender, umwelt- und ordnungspolitischer Sprecher, Jahrgang 1978, Abschluss in Politikwissenschaft, Soziologie, Kommunikations- und Medienwissenschaften, verheiratet, 2 Kinder

Ältestenrat • Verwaltungsausschuss • FA Finanzen • FA Umwelt und Ordnung • Aufsichtsrat Leipziger Wasserwerke GmbH

Chancen in unserer Gesellschaft sehen und nutzen

von Annette Körner

Wie sehen Sie Ihre Möglichkeiten, in unserer Stadt mitzuwirken? Was kennzeichnet Leipzig, sich Ort der Vielfalt nennend, nun im beschlossenen Jahr der Demokratie? Welchen Einfluss haben wir, jede und jeder im Einzelnen und können wir uns einbringen?

Gesprächssendungen, die uns stören, können wir abschalten. In schwierigen Beratungen, an denen wir teilnehmen, hilft manchmal auch Humor. Wie Lorient eine Sitzung zu betrachten, lässt uns schmunzeln, vielleicht gibt es dies auch ab und zu, ein folgenloses Sich-im-Kreise-drehen bereits bei der Tagesordnung. Bleiben wir bei der Sitzungskultur gestern und heute, ob im Verein, auf Arbeit oder im Stadtrat und seinen Ausschüssen. Es geht in unseren Parlamenten (noch) nicht über Tische und Bänke. In Sitzungen gibt es Tagesordnungspunkte und eine Leitung. Mit erhobener Hand wird ein Redewunsch geäußert, Teilnahme-, Abstimm- und Gastrechte sind geregelt. Wir hören zu und beraten und das alles mehrfach in der Woche, z.B. im Rathaus. Wir richten uns nach solchen Regeln auch in Vereinssitzungen und in Arbeitsrunden, in

der Familie wohl eher ohne Tagesordnung...

Im Prozedere, aber auch in dem, was wir sagen, haben wir heute unsere bürgerlichen Rechte und damit große Freiheiten. Nach 1989 haben wir dafür Satzungen entwickelt, Organisationen gegründet, demokratische Strukturen aufgebaut.

Wie geht es uns aber, wenn in Fernsehdebatten die Einschaltquoten indirekt als Rechtfertigung dienen, um regelmäßig Gesprächs"partner" in die Ecke zu drängen statt verstehen zu wollen, fortlaufendes Dazwischenreden zuzulassen und auf echte Moderation weitestgehend zu verzichten? Nicht nur der Stil an Unterhaltung hat sich verändert. Ängste und Verunsicherungen sind verbreitet. Globalisierung und wirtschaftliche Interessen bringen auch bei uns in Leipzig Arbeitsplätze in Gefahr. Umweltdaten weisen auf den Klimawandel und unberechenbare Entwicklungen für uns und spätere Generationen. Wir müssen ständig dazu lernen, nutzen eine zunehmend digital vernetzte Welt und sind im Freundeskreis längst nicht mehr auf „einer Wellenlänge“, wie wir es

früher positiv formuliert haben. Denn wir und unsere Welt sind vielfältiger geworden, die Zukunft ist ungewiss und dies fordert uns heraus.

Aufsteigende Angstgefühle können uns schützen. Uns behindern sollten sie aber nicht, wenn wir uns vor Ort für menschenwürdiges vielfältiges Leben und zum Schutz unserer Umwelt engagieren wollen.

Es macht uns im Stadtrat Freude, eine große Vielfalt an Projekten zu fördern. Manche Ideen sind erst nach Jahren erfolgreich. Wie es zum Europäischen Kulturerbe-Siegel kam, das jetzt Leipziger Einrichtungen erhalten, ist keine glatte Geschichte, sondern beruht auch auf dem anhaltenden Engagement des Vereins Leipziger Notenspur e.V. Die Auszeichnung soll Gäste anziehen und ihnen und uns unsere Schätze bewusster machen. Auf Spaziergängen durch die Stadt können wir Kultur genießen und uns weiterbilden. Deshalb die Einladung, sich selbst einzubringen, das Gute in unserer Stadt zu sehen und zu unterstützen!



Annette Körner

Stadträtin, kultur- und wirtschaftspolitische Sprecherin, Vorsitzende des Kulturausschusses, Jahrgang 1962, 3 Kinder, Dipl.-Chemikerin, Master of Arts (2004, Umwelt und Bildung), Betriebliche Umweltschutzbeauftragte

in der LVB-Unternehmensgruppe, Förderverein des Umweltinformationszentrums Leipzig

FA Kultur (Vorsitzende) • BA Kulturbetriebe • FA Wirtschaft und Arbeit • Betriebsausschuss Eigenbetrieb Stadtreinigung und Grünpflege • Aufsichtsrat Leipziger Wohnungs- und Baugesellschaft mbH (LWB) • Trägerversammlung Sparkasse • Sparkassenzweckverband

Das Europäische Kulturerbe-Siegel haben folgende Musikstätten erhalten:



- **Thomaskirche** – Wirkungsort Johann Sebastian Bachs
- **Nikolaikirche** – Weiterer Wirkungsort Johann Sebastian Bachs
- **Bach-Archiv im Bosehaus** – Private Musikpflege im Umfeld Johann Sebastian Bachs
- **Mendelssohn-Haus** – Lebensmittelpunkt des Komponisten und Gewandhauskapellmeisters
- **Hauptgebäude der Hochschule für Musik und Theater „Felix Mendelssohn Bartholdy“ Leipzig** – Erster Konservatoriumsbau Deutschlands
- **Gewandhaus Leipzig** – Wirkungsort des Gewandhauskapellmeisters Felix Mendelssohn Bartholdy
- **Schumann-Haus** – Erste gemeinsame Wohnung von Clara und Robert Schumann
- **Alte Nikolaischule** – Richard Wagners Schule
- **Verlagshaus C.F.Peters** – Wohn- und Arbeitsort Edvard Griegs
- **Das Projekt „Europäische Notenspuren** – Von Leipzig nach Europa“ des Notenspur Leipzig e.V. Der Verein verbindet die Stätten im städtischen Raum miteinander.

Berichte aus dem Stadtrat

„Kaufhallengipfel“ – Wohnungsbau über Lebensmittelmärkten!

Im Januar hat unsere Fraktion beantragt, noch in diesem Jahr einen „Kaufhallengipfel“ in Form einer öffentlichen Expertenanhörung zum Thema „Wohnungsbau über Lebensmittelmärkten“ durchzuführen. Unser Ziel ist es, Möglichkeiten aufzuzeigen und zu diskutieren, wie beim Neu- und Umbau von eingeschossigen Lebensmittelmärkten Flächenpotential für Wohnungsbau genutzt werden kann. Die Reaktionen der Lebensmittelmärkte sowie Projektentwickler auf unseren Antrag zeigen, dass auch sie durchaus ein Interesse daran haben. Die Verwaltung schlägt vor, die Mehrfachnutzung auch grundsätzlicher zu diskutieren, um so auch weitere Nutzungskombinationen wie zum Beispiel Wohnen und Kindertagesstätten aufzugreifen.

Der Antrag wurde im Sinne des zustimmenden Verwaltungsstandpunktes vom Stadtrat beschlossen.

Kohleausstieg der Stadtwerke Leipzig

Die über 2.000 Petenten verlangten, dass die Stadtwerke ab 2018 den Kohlestrom aus ihrem Angebot ausschließen. Stattdessen soll mit zertifiziertem Ökostrom gehandelt werden. Ebenso soll ein zukunftsfähiges Wärmekonzept erarbeitet und 2030 die Lieferverträge mit dem Braunkohlekraftwerk Lippendorf beendet werden. Wie schon bei unserem eigenen Antrag zeigte sich der Oberbürgermeister wieder wenig zukunftsgerichtet. Zwar hat sich der Stadtrat in diesem Beschluss vor einigen Monaten grundsätzlich zum schrittweisen Ausstieg aus der Braunkohleverstromung bekannt und eine Exit-Strategie zum Ausstieg aus dem Fernwärmebezug des Kraftwerks Lippendorf beauftragt, öffentliche Äußerungen der Manager der städtischen Unternehmen und des OBM lassen aber an der Ernsthaftigkeit zweifeln. Beschlossen ist aber der Auftrag: Eine Exit-Strategie mit Szenarien zum Ausstieg im Jahr 2023 und 2030. Dieses Ziel werden wir weiter verfolgen. Die Petition jedenfalls fand im Stadtrat keine Mehrheit.

Nur die Besten sterben jung – wir anderen brauchen Grüne Pflege

von Gesine Märtens

Eigentlich ist uns alles klar. Wir wollen im Alter möglichst lange möglichst selbstständig in unseren eigenen vier Wänden leben. Den Weg zur Ärztin um die Ecke schaffen wir auf jeden Fall. Die Kinder, Enkel und Freunde sollen in der Nähe sein und wenn es dann doch zu einsam wird, dann erhalten wir ein verlässliches Wohn- und Pflegeangebot vor Ort, bei Bedarf rund um die Uhr.

Statt Großeinrichtungen, in die niemand will, finden wir ambulanten Wohn- und Pflegeformen: Tages-, Nacht- und Kurzzeitpflege und Einrichtungen wie Quartierstützpunkte oder Nachbarschaftszentren. Eine kluge Liegenschaftspolitik der Stadt hält die Flächen für diese sozialen Einrichtungen gern bereit. Alternative Wohnformen, wie generationsübergreifendes Wohnen und Pflege-WGs, werden sowieso bei der Quartiersentwicklung berücksichtigt und gefördert. Schließlich wissen alle Verantwortlichen: die gute Pflege vor Ort ist eine enorme Entlastung für alle Angehörigen. Sie wissen, wie viel Kummer den Leipziger Familien erspart bleibt, wenn das Angebot wirklich zu uns und unseren verschiedenen kulturellen, religiösen, sexuellen und geschlechtsspezifischen Identitäten passt. Und um uns in dieser vielfältigen Pflegelandschaft zurecht zu finden, hätten wir natürlich eine unabhängige Beratung. Ach und na klar, unsere Pflege ist grün, das heißt sozial gerecht und umweltfreundlich ...

Stattdessen haben wir in Leipzig einen angespannten Pflegemarkt, der, wie in ganz Deutschland, entgegen den Wünschen der Menschen, auf profitable, weil

teure, vollstationäre Einrichtungen setzt. Leider hat Sachsen es versäumt, in einem eigenen Landespflegegesetz die notwendigen Rahmenbedingungen für eine verbindliche Pflegebedarfsplanung zu schaffen, um dem drohenden Marktversagen entgegenzutreten zu können.



Foto: pixabay/geralt

Wir hatten deshalb in einem eigenen Antrag die Stadtverwaltung aufgefordert, endlich selbstständig voran zu gehen. Bis zum IV. Quartal 2019 sollten in einem Grundsatzprogramm zu Pflege „eigene Leitlinien zur Entwicklung eines am Gemeinwesen orientierten, sozialraumbezogenen weiteren Ausbaus ambulanter, stationärer, komplementärer und hauswirtschaftlicher Strukturen“ entwickelt werden. Leipzig sollte eine eigene Pflegebedarfsplanung vorbereiten.

Aber Leipzig weigert sich, Verantwortung zu übernehmen. Hier fehlt jeder kommunale Planungs- und Gestaltungsanspruch. Man wolle schon brav alle bisherigen „Möglichkeiten, an der künftigen Gestal-

tung der Pflegelandschaft in Leipzig mit- und auf die Berücksichtigung der Belange vor Ort hinzuwirken“ ausschöpfen, heißt es im Verwaltungsstandpunkt. Im Zusammenwirken mit dem Freistaat Sachsen, der in der Pflegegesetzgebung versagt hat, will die Stadt nun „zum Ausbau und zur Weiterentwicklung der notwendigen pflegerischen Versorgungsstrukturen“ beitragen. Im Klartext heißt das: wir machen nichts. Denn wie will man zu nichts was beitragen? Es sieht so aus, als verschlafe die Stadt nach den KITAs und Schulen gleich die nächste soziale Herausforderung. Aber ist eins ist sicher: mit ein paar Containerbauten und ein paar Belegungsverdichtungen wird es diesmal nicht getan sein. Wenn wir nicht rechtzeitig gegensteuern, werden auf der grünen Wiese im Umland große Pflegeheime mit einem enormen Belegungsdruck entstehen und von einer individuellen, wohnortnahen und kultursensiblen Pflege entfernen wir uns immer mehr.



Dr. phil. Gesine Märtens

Stadträtin, gleichstellungspolitische Sprecherin, Jahrgang 1971, Therapeutin, Sozial- und Kulturwissenschaftlerin, Partnerschaft, 2 Töchter

Fachausschuss (FA)

Umwelt und Ordnung • FA Kultur • BA Kulturstätten • Gleichstellungsbeirat • Aufsichtsrat LEVG • Aufsichtsrat LEVG & Co KG • Aufsichtsrat Leipziger Stadtwerke GmbH

Vielfalt braucht Teilhabe und Mitsprache

von Petra Čagalj Sejdi

Still und leise, kurz vorher durch eine Pressemeldung bekannt gegeben, nahm das Willkommenszentrum der Stadt Leipzig am 11. April 2018 seine Arbeit auf.

2015 reichte die Fraktion den Antrag für ein Willkommenszentrum ein. Die damalige Idee war es, ein Zentrum nach dem Vorbild anderer Großstädte wie zum Beispiel Hamburg oder Stuttgart zu schaffen, in dem sich aus dem Ausland kommende neue Bewohner unserer Stadt über alle wichtigen Dinge im Zusammenhang mit dem Leben in der Stadt informieren können. Das Zentrum soll Neues und Bestehendes zusammen führen und das vielfältige Zusammenleben in unserer Stadt unterstützen und fördern. Es gab viele Ideen und Wünsche, migrantische Selbstorganisationen sollten bei der Entstehung beteiligt werden. „Willkommen“ sollte in diesem Haus gezeigt und gelebt werden.



Foto: pixabay/puta

Drei Jahre dauerte es, bis der Beschluss mit vielen Abstrichen endlich in die Tat umgesetzt wurde und bisher ist das Ergebnis leider ernüchternd:

Das Willkommenszentrum ist von außen kaum erkennbar, es gibt keinen direkten Eingang, der Zugang erfolgt über das Bürgeramt, vorbei am Empfang, durch den offiziellen Wartebereich, ganz hinten am anderen Ende. Spontan oder zufällig gelangt hier niemand hin, das Willkommen im Willkommenszentrum muss geplant und von den Empfangsmitarbeitern des Bürgeramtes angewiesen werden und ist auch nur zu den stark begrenzten Öffnungszeiten möglich. Es wundert also nicht, dass das Willkommenszentrum niemandem bekannt ist, kaum jemand weiß, was man dort eigentlich tun oder bekommen kann. Bisher haben auch kaum Menschen den Weg dorthin gefunden. Das Zentrum scheint von Anfang an zum Scheitern verurteilt zu sein.

Leider ist es im migrationspolitischen Bereich kein Einzelfall, dass ursprünglich gute Ideen schlecht umgesetzt werden und scheitern oder im Sande verlaufen. Es gibt zahlreiche Projekte in Leipzig die ähnlich gescheitert sind.

Leipzig ist die multikulturelle Stadt Sachsens und das nicht erst seit den letzten drei Jahren. Viele Leipzigerinnen und Leipziger leben eigene Erfahrungen mit Migration und Integration – doch leider wird dieses Potenzial in der Stadt immer noch nicht genutzt.

Zusammenarbeit und Beteiligung mit Migranten findet so gut wie nicht statt und wenn, dann nur oberflächlich, fast so als sei eine übermäßige Partizipation gar nicht gewollt.

So zum Beispiel auch die Anträge des Migrantenbeirats an die Ratsversammlung. Diese wurden bisher nur selten von der Verwaltung als gut und wichtig angenommen. Statt aus den Verbesserungs- und Änderungsideen aus der Leipziger Migrantenschaft zu schöpfen und diese als Bereicherung und Potenzial für eine vielfältige Stadtgesellschaft zu sehen, werden sie meist eingeschränkt und zurechtgewiesen. Wenn wir in Leipzig zu einer offenen und vielfältigen Gesellschaft wachsen wollen, müssen wir Partizipation und Mitsprache ermöglichen und gemeinsam planen und entwickeln.



Petra Čagalj Sejdi

Stadträtin, migrationspolitische Sprecherin, Jahrgang 1978, verheiratet, 2 Kinder, Germanistin, Südosteuropawissenschaftlerin, Kommunikations- und Medienwissenschaftlerin M.A.

Jugendhilfeausschuss (inkl. Unterausschuss Jugendhilfeplanung) • FA Sport • Migrantenbeirat • Sparkassenzweckverband

Glücksfall Wohnung

von Cordula Rosch

Eine eigene Wohnung kann ein unerreichbarer Luxus sein. In Leipzig sind Menschen durch die Zuspitzung des Wohnungsmarktes besorgt, denn mindestens bei jeder Neuvermietung steigen die Preise.

Bewerber oder Bewerberin sein um das kostbare Gut Wohnung – als privater Rückzugsort, als Sicherheitszone, als Identifikationsort und als Adresse – dies kann von vielen demütigenden Misserfolgen begleitet sein. Demütigend ist das insbesondere für diejenigen, die ihre Brüche im Leben offen legen müssen: Mietschulden, Haft, Wohnungslosigkeit, Arbeitslosigkeit, Altersarmut, Alleinerziehend, Migrant... Sie alle geraten durch ihre Armut in Konkurrenz zueinander und zugleich mit anderen mit besserer Ausgangslage. Für diverse Gruppen in Leipzig wird es zusehends unmöglich, eine passende Wohnung zu finden. Doch, was heißt schon passend...?

In Leipzig leben Menschen auf der Straße, das ist eine bittere Tatsache. Unser Thema ist ein gesamtdeutsches Thema, und das, obwohl Gesetze jedem unfreiwillig Obdachlosen eine Unterbringung sichern sollen. Freiwillig oder unfreiwillig, das ist eine zentrale Frage. Ich gehe davon aus, dass es keine tatsächlich freiwillige Obdachlosigkeit gibt. Stattdessen sind die Angebote, wie wir sie machen, nicht für alle Gruppen oder Personen passend. Die Streetworker am Bahnhof, die die in den Baracken lebenden Obdachlosen

betreuen, bestätigen, dass diese lieber im Winter unter brutalen Verhältnissen dort bleiben wollen, als sich in einem Übernachtungshaus oder Tagerstreff der Hausordnung fügen zu müssen, denn diese sieht z. B. kein gemeinsames Unterkommen eines unverheirateten Paares vor oder die Mitnahme von Haustieren. Unsere Fraktion hatte den Antrag gestellt, zum Thema Wohnungslosehilfe eine Strategiekonferenz einzuberufen und das bisherige Hilfesystem grundsätzlich auf den Prüfstand zu stellen, unter Einbeziehung allen verfügbaren Fach- und Sachverständs mit dem Ziel Wohnungslosigkeit in Leipzig wirksamer vorzubeugen und möglichst zu beenden.



Ende Mai hatte die Stadtverwaltung dann zu dieser Konferenz geladen. Es kamen ca. 100 Personen, Betroffene, Stadtverwaltung, Streetwork, Sozialarbeit,

Kommunalpolitik, Kirchen und Wissenschaft zusammen und trugen ihre Problemsicht und auch verschiedene Lösungsansätze bei. Nicht eingeladen waren die Wohnungsmarktakteure, die eigentlich über die zentralen Regelungsmöglichkeiten verfügen.

Deutlich wurde bei der Konferenz, dass es ein ‚Einfach weiter so‘ nicht geben kann. Das Hilfesystem der stark wachsenden Stadt Leipzig wird mit einem gesättigten Mietmarkt, dem insbesondere sozialhilferechtlich angemessene 1- bis 2- sowie 4-Raumwohnungen fehlen, nicht mehr gerecht.

Es gibt Hebel, um aktueller Not und Armut zu begegnen, Sozialarbeit vollbringt dazu alltäglich Kraftakte. Hilfe und Wohnen muss situationsabhängig und ggf. auch ohne Gegenleistung gegeben werden, damit Menschen aus eigener Kraft und mit Vertrauen in ihr selbstbestimmtes Leben zurückfinden können.



Cordula Rosch

Referentin der Fraktion,
Jahrgang 1968, verheiratet,
3 Kinder

Beirat Schulbibliotheken • AG
Recht auf Wohnen • Gemein-
dewahlausschuss

Berichte aus dem Stadtrat

Einrichtung eines Runden Tisches zum Thema: „Wohnen in Leipzig für Menschen mit Migrationsgeschichte / Fluchterfahrung“

Migrant*innen gehören zu einer Personengruppe, die eher schlechte Chancen auf einen Mietvertrag haben. Sie sind aber darauf angewiesen, um sich erfolgreich integrieren zu können. Deswegen hat der Migrant*innenbeirat einen Runden Tisch gefordert. Die Verwaltung antwortete mit dem Vorschlag, stattdessen die Thematik bei der Fortschreibung des Wohnungspolitischen Konzeptes 2018 zu berücksichtigen. Unsere Fraktion hat dazu beantragt, dass es eine zusätzliche Arbeitsgruppe zum Wohnungspolitischen Konzept braucht. Außerdem erscheint uns die gezielte Mischung von Mieter*innen in Mietshäusern, Straßen und Vierteln eine sehr wichtige Zielstellung. Der Stadtrat hat schließlich unserer Änderung des Beschlussvorschlages zugestimmt und somit auch das Anliegend es Migrant*innenbeirates bestätigt.

Fortschreibung des Luftreinhalteplans

In Leipzig war die Fortschreibung des Luftreinhalteplanes lange überfällig. Bereits im Zusammenhang

mit dem Gerichtsverfahren zur Überschreitung der Grenzwerte in der Harkortstraße im April 2017 wurde kommuniziert, dass der Luftreinhalteplan eigentlich fertig wäre, aber aufgrund der Schummeleien bei Dieselfahrzeugen Berechnungen und Messwerte nicht zusammen passen würden. In der Stadtverwaltung wurde zum 01.09.2017 auf unseren Antrag hin eine Stelle zur Fortschreibung des Luftreinhalteplans besetzt, wodurch es in der Folge endlich zu einer Beschleunigung der Erarbeitung kommen konnte. Nunmehr liegt der Verwaltungsentwurf seit Frühjahr zur öffentlichen Beteiligung aus.

Steuerungskonzept für den Leistungsbereich Schulsozialarbeit

Das Steuerungskonzept bildet die Voraussetzung, um über die Förderrichtlinie des Freistaates die nun zur Verfügung gestellten Landesmittel zur Finanzierung der Schulsozialarbeiterinnen und Schulsozialarbeiter an Leipziger Schulen abzurufen. Leipzig war die einzige Kommune im Freistaat, die den Entwurf der Förderrichtlinie fehlinterpretierte und mit den Trägern Verträge zur Pauschalfinanzierung abschloss, die sie nach einem Streit mit dem Kommunalen Sozialverband (KSV) als zuständiger Landesbehörde kurzerhand wieder kündigen und auf korrigierter Grundlage neu abschließen mussten,

all das kurz vor Weihnachten und in Verunsicherung der Jugendhilfeträger. Diese blieben so über Monate auf Kosten sitzen und bekamen dann nach und nach Abschläge finanziert, teilweise waren trägerseitig nicht gedeckte Aufwendungen von 70 T € aufgelaufen.

Wirksames Vertretungssystem für die Kindertagespflege entwickeln

Mit dem Mitte April beschlossenen Antrag „Wirksames Vertretungssystem für die Kindertagespflege entwickeln“ haben wir uns für den Aufbau effektiver Strukturen engagiert, um für Kinder aus Tagespflegestellen im Falle von Betreuungsausfällen eine Ersatzbetreuung zu garantieren. Die Stadtverwaltung ist nun aufgefordert, diesem Antrag Folge zu leisten und noch in diesem Jahr ein solchermassen weiterentwickeltes System zu entwickeln und dem Stadtrat zum Beschluss vorlegen zu wollen. Wir begrüßen, dass die Verwaltung das Problem erkannt und ein kurzfristiges Um- bzw. Nachsteuern im Bereich der Kindertagespflege noch für dieses Jahr angekündigt hat, welches neben den qualitativen Erfordernissen eben auch der quantitativen Nachfrage gerecht werden soll. Ein gut strukturiertes System, mit festen und den Tagespflegestellen sowie den Eltern und Kindern vertrauten Vertretungspersonen, ist äußerst wichtig.

Die Friedliche Revolution 1989 – (k)ein Auslaufmodell?!

von Ingo Sasama

Für uns Aktive bei Bündnis 90/Die Grünen ist die Friedliche Revolution 1989 und die Arbeit der DDR-Menschenrechts-, Friedens- und Umweltgruppen eine unserer zentralen Wurzeln. Die grandiosen Erfahrungen aus der damaligen Oppositionsarbeit und die erlebte Macht der Basisdemokratie der Runden Tische zu bewahren und an die jüngeren Menschen weiter zu geben, fühlen wir uns auch heute noch ganz besonders verpflichtet.

Umso mehr sehen wir mit zunehmender Verärgerung, dass die Feierlichkeiten zum 9. Oktober 1989 in Leipzig die Werte und Ziele der Friedlichen Revolution nicht mehr mit der erforderlichen Klarheit verdeutlichen und vermitteln, für die wir 1989 auf die Straße gegangen sind. Viele Rückmeldungen von Menschen zu den Feierlichkeiten der vergangenen Jahre und die Planungen für das Jubiläum 2019 zeigen, dass die zeitgeschichtlichen Aspekte von 1989 und die zahlreichen Entwicklungen und Demokratieerfahrungen, die zur Revolution führten und die nach der Revolution lebendig gelebt wurden, in einem viel stärkeren Maße wieder für die Menschen unserer Zeit erlebbar werden müssen. Und es mehren sich die Stimmen, die meinen, man solle es doch nun mal mit diesem ganzen „Revolutionszirkus“ genug sein lassen.

Es ist daher von immenser Wichtigkeit, dass der „Tag der friedlichen Revolution 1989“ den Leipzigerinnen und Leipzigern jedes Jahr neu die Möglichkeit gibt, sich intellektuell und emotional mit dem Jahrestag der Demonstration am 9. Oktober 1989 und ihren Zielen und ihrer Historie zu verbinden. Die von der Stadt jetzt vorgelegten Planungen zu den zentralen Veranstaltungen am 9. Oktober 2019 mit Staatsempfang,

dem Friedensgebet und die „Rede zur Demokratie“ in der Nikolaikirche, sowie das Lichtfest um den Innenstadtring zeigen, dass es keine selbstkritische Neu-reflexion des Themas, sondern lediglich ein „weiter so“ geben soll. Das verwundert auch nicht, sind doch die scheinbar grandiosen Touristenzahlen ein unumstößlicher Beweis für das „erfolgreiche“ Konzept. Da die allerwenigsten Verantwortlichen eine persönliche Bindung an die Revolutionszeit und -ereignisse besitzen und die Bürgerrechtsakteure in nicht mehr nachvollziehbare Zwickigkeiten verwickelt sind, fehlt aktuell die Präsenz der Bewahrer der Botschaften aus der damaligen Zeit.

Es ist und bleibt daher vor allem auch unsere Aufgabe, an die Vielfalt des friedlichen, zivilgesellschaftlichen Widerstandes dieser Zeit zu erinnern. Den Tendenzen, diese historischen Inhalte auf dem Altar schneller touristischer Ziele zu opfern, muss Einhalt geboten werden.



Neben dem Erinnern und Gedenken an die friedliche Revolution '89 soll durchaus ein Lichtfest auch Anlass zu Begegnung und Austausch geben.

Wir fordern daher in einem Antrag, dass die Veranstaltungen zum „Tag der Friedlichen Revolution 1989“ auch nach 2019 dauerhaft als bedeutsame Veranstaltungen unter Leitung eines neu gebildeten Kuratoriums unter Führung durch die Stadt weitergeführt werden. Die zeitgeschichtlichen Aspekte von 1989 und ihre Wurzeln sollen bei den Veranstaltungen immer unmittelbar erlebbar sein. Sie sind dauerhaft mit einem Lichtfest um oder am Innenstadtring und den authentischen Orten der Friedlichen Revolution unter aktiver Beteiligung der Anrainer zu verbinden, wobei kein Schwerpunkt auf den touristischen Aspekt zu legen ist. Das Engagement von gesellschaftlichen Gruppen und privaten Initiativen soll auch dabei ausdrücklich gefördert, angeregt und eingebunden werden.

Neben dem Friedensgebet und der Rede zur Demokratie sollen demokratiepolitische Veranstaltungen und zahlreiche Projekte organisiert bzw. in interessierten Kreisen angeregt werden. Und das kontinuierlich als Bestandteil der politischen Bildung in unserer Stadt. Dabei sollen jeweils zentrale Botschaften und Demokratieerfahrungen der Friedlichen Revolution und ihre Bindung in die heutige Zeit auch im internationalen Kontext im Mittelpunkt stehen.



Ingo Sasama

Fraktionsgeschäftsführer,
Jahrgang 1960, verheiratet,
3 Kinder, 3 Enkel

Aufsichtsrat Stadtwerke ·
Aufsichtsrat Lecos

Erinnern an dunkle Zeiten in der Riebeckstraße 63

von Juliane Zenner



Es kommt neues Leben in den Gebäudekomplex Riebeckstraße 63: während es aktuell noch ein Haus für unbegleitete minderjährige Asylsuchende ist, soll auch bald eine Kindertagesstätte in das Haus einziehen. Und so wird in der Geschichte dieser Adresse ein neues Kapitel aufgeschlagen – ein schönes, voller Kinderlachen und strahlender Augen. Doch die Mauern dieses Gebäudes haben schon viel erlebt, und

dies sind leider keine schönen Geschichten. Deshalb haben wir beantragt, dass es ein Erinnern an die vergangenen Verbrechen in dieser Adresse geben soll.

Schon Ende des 19. Jahrhunderts wurde dort ein städtisches Zwangsarbeiterhaus gegründet, welches später in „städtische Arbeitsanstalt“ umbenannt wurde. Sogenannte „Arbeitsscheue“ wurden von nun an dort eingewiesen. In der Zeit des Nationalsozialismus steigerten sich die Verbrechen noch. Es wurden auch psychisch kranke Menschen, Menschen, denen das Recht auf eine eigene Wohnung genommen wurde, Menschen die sich nicht in das Bild der Allgemeinheit einfügen ließen, in die Riebeckstraße eingewiesen. Oft war dies ihre letzte Adresse, bevor die Menschen auf den Weg ins Vernichtungslager geschickt wurden und somit zum Tode verurteilt waren.

In der DDR-Zeit ging das Unrecht in anderer, aber nicht minder menschenverachtenden Form weiter. Als venerologische Station geführt, wurden hier, unter dem Vorwand, sie hätten eine Geschlechtskrankheit Frauen gegen ihren Willen festgehalten. Sie wurden täglich untersucht, gequält und für Versuche genutzt, auch Zwangsabtreibungen wurden vorgenommen. Häufig wurden Prostituierte dort eingesperrt, aber grundsätzlich war keine Frau vor diesen angeblichen Krankenhäusern sicher.

Dieses Unrecht, das in diesem Haus verübt wurde, darf nicht vergessen werden. Noch heute leiden die Opfer unter dem Erlebten und sie verdienen es, dass die Geschehnisse aufgearbeitet und ihnen gedacht wird. Darum hat der Stadtrat auf unseren Antrag hin beschlossen, in Zusammenarbeit mit dem sächsischen Psychiatriemuseum und der Gedenkstätte für Zwangsarbeit Leipzig eine Form des Gedenkens zu finden, um auf die geschehenen Verbrechen aufmerksam zu machen. Denn nur wenn wir das Grauen und die Fehler der Vergangenheit sichtbar machen und den Opfern von politisch motiviertem Unrecht gedenken, können wir aus der Geschichte lernen und ähnlichen Entwicklungen entgegenwirken.



Juliane Zenner

... ist unsere neue Mitstreiterin in der Fraktionsgeschäftsstelle.

Sie hat die Nachfolge von Alrun Tauché angetreten, die in Berlin eine neue berufliche Perspektive gefunden hat. Wir danken

ihr an dieser Stelle sehr herzlich für ihre Arbeit und wünschen ihr alles erdenklich Gute!

Mitarbeiterin der Fraktion, Jahrgang 1988,
Politikwissenschaftlerin
Lebensgemeinschaft, 2 Kinder

Postanschrift:

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
im Stadtrat Leipzig
04092 Leipzig



Liebe Abonentinnen und Abonenten,

in der Europäischen Union ist am 25.05.2018 die Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) in Kraft getreten. Darin werden Unternehmen verpflichtet, transparent mit personenbezogenen Daten, die im Unternehmen verarbeitet werden, umzugehen. Dies nehmen wir zum Anlass, unseren Verteiler zu überprüfen und zu aktualisieren. Sie erhalten / Du erhältst von uns den Ratschlag, unsere Fraktionszeitschrift.

Folgende Daten von Ihnen / Dir erfassen wir in unserer Datenbank:

Vorname · Nachname · Postadresse

Ihre / Deine Daten werden ausschließlich zu diesem Zwecke genutzt. Insbesondere erfolgt keine Weitergabe an unberechtigte Dritte. Wir freuen uns, wenn Sie / Du auch weiterhin den Ratschlag beziehen willst.

In dem Falle brauchen Sie / brauchst Du nichts zu tun! Sie können / Du kannst jedoch jederzeit Ihre / Deine Einwilligung mit Wirkung für die Zukunft widerrufen. Dies können Sie / kannst Du auf folgenden Wegen tun: elektronisch per Mail an gruenefraktion@leipzig.de oder schriftlich an Fraktion Bündnis 90 / Die Grünen im Stadtrat Leipzig, Martin-Luther-Ring 4-6, 04109 Leipzig.

Es gilt die Datenschutzerklärung auf unserer Homepage <http://www.gruene-fraktion-leipzig.de/index.php/datenschutz.html>.

Wir danken Ihnen / Dir für Ihre / Deine Unterstützung!

Herzliche Grüße

Sollten Sie an unseren Inhalten interessiert sein aber Papier sparen wollen, informieren Sie uns über Ihren Wunsch, schreiben Sie uns Ihre E-Mail-Adresse und wir informieren Sie immer, wenn ein neuer Ratschlag erschienen ist. Die aktuelle und auch ältere Ausgaben finden Sie immer digital unter www.gruene-fraktion-leipzig.de.

Impressum**Herausgeber:**

Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
im Stadtrat Leipzig
Neues Rathaus/Zimmer 103
Tel.: 123-2179

E-Mail: GrueneFraktion@leipzig.de
www.gruene-fraktion-leipzig.de

Redaktion: Ingo Sasama (V.i.S.d.P.), Michael Schmidt, Cordula Rosch, Juliane Zenner

Alle Portraits: Martin Jehnichen

Auflage: 10.000 Exemplare

Gestaltung: Ungestalt GbR, Leipzig,
www.ungestalt.de

Produktion: LZ Medien GmbH

Berichte aus dem Stadtrat**Jahr der Demokratie 2018 –
Umsetzungsbeschluss**

Mit Ratsbeschluss vom 26. Oktober 2016 wurde die Verwaltung beauftragt, das Jahr der Demokratie vorzubereiten und zu ermöglichen. Dazu stehen insgesamt 500.000 € zur Verfügung, die Mittel wurden in verschiedenen Bereichen auf Antrag gemäß Zuwendungsrichtlinie an Externe vergeben. Katharina Krefft hob in ihrer Rede hervor, dass sie den Prozess der Vorbereitungen und Abstimmungen ausgesprochen positiv erlebt hat. Sie erinnert daran, dass Demokratie nur aktiv erhalten und gestaltet werden kann. Mittlerweile finden die geförderten Projekte und Veranstaltungen in Leipzig statt und sind für alle Menschen erlebbar.

**Mieterstrom vom Stadtrat
beschlossen**

Ziel unseres vom Stadtrat beschlossenen Antrages ist die Errichtung von Photovoltaik-Anlagen auf geeigneten städtischen Liegenschaften, für sogenannte Mieterstrom-Pilotprojekte. Grundlage dafür bildet das im Juli 2017 in Kraft getretene Gesetz zur Förderung von Mieterstrom und zur Änderung weiterer Vorschriften des Erneuerbare-Energien-Ge-

setzes (Mieterstromgesetz), dessen Ziel der Ausbau der Photovoltaik insbesondere in Städten ist und Mietern eine größere Teilhabe an der Energiewende ermöglichen soll.

Solarer Mieterstrom rechnet sich für alle Involvierten gleichermaßen. Wir erwarten daher die umgehende kooperative Errichtung erster Mieterstrom-Pilotprojekte durch die kommunalen Unternehmen LWB und SWL. Denkbar ist auch, Kooperationen mit weiteren geeigneten Projektpartnern, wie den Genossenschaften, zu suchen.

**Städtische Anlagerichtlinie
nachhaltiger im Sinne von
Divestment**

Die Folgen von Kriegen suchen uns auf vielfältige Weise heim. Sie kosten unsere Stadt weit mehr, als wir je mit Aktien der Firmen, die an Kriegen profitieren, verdienen könnten. Flucht und Vertreibung sind aber auch Ursache des Klimawandels.

Daher muss es auch unser ureigenes Interesse sein den Klimawandel zu begrenzen, um den Geflüchteten überhaupt ein Leben in ihrer Heimat zu ermöglichen. Es ist daher selbstverständlich vernünftig, die städtischen Finanzanlagen nach-

haltig und im Sinne der im Antrag und der Begründung ausgeführten Kriterien umzustrukturieren. Das stellt auch kein Problem dar. Der Stadtrat ist unserem Anliegen mehrheitlich gefolgt.

**Petition für eine Straße oder
Platz mit dem Namen:
„Dr. Ruth Pfau“**

Die Petent*innen baten, eine Straße oder einen Platz in Leipzig nach der Ärztin und Ordensfrau Ruth Pfau zu benennen, die 1929 in Leipzig geboren wurde und im August 2017 in Pakistan verstorben ist. Die Stadt Leipzig unterstützt das Anliegen der Petent*innen.

Ruth Pfau, baute ab 1960 in Pakistan unter schwierigsten Umständen eine Spezialklinik und ein medizinisches und soziales Netzwerk zur Bekämpfung von Lepra und Tuberkulose auf. Ihr wurden schon zu Lebzeiten zahlreiche hohe Ehrungen zuteil: Sie ist u. a. Ehrenbürgerin Pakistans, Trägerin des Großen Bundesverdienstkreuzes der Bundesrepublik Deutschland und des asiatischen Friedensnobelpreises. Der Stadtrat stimmte einhellig der Petition zu.